

OBS-Zusammenfassung: Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022

Am 9. November wurde die neue Leipziger Autoritarismus-Studie (LAS) 2022 veröffentlicht. Seit 2002 erhebt die LAS alle zwei Jahre repräsentativ die Verbreitung autoritärer, rechtsextremer und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland. Die OBS fördert die Studienreihe seit 2016 (zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Uni Leipzig). Durch die Unterstützung der OBS werden regelmäßig Themen aus Arbeitswelt und Betrieb aufgegriffen. 2022 richtet die Untersuchung ihren Blick daher auch auf die Wahrnehmungen gesellschaftlicher Konflikte durch abhängig Beschäftigte in Deutschland.¹

1. Die Entwicklung rechtsextremer und antidemokratischer Einstellungen

Was die Entwicklung (anti-) demokratischer Einstellungen angeht, zeigt die Untersuchung insgesamt ein ambivalentes Bild. Einerseits gibt es einige recht „positive“ Nachrichten:

- So ist der Anteil der Personen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild – wie schon in den Vorjahren – weiter zurückgegangen und beträgt nur noch 2,7 Prozent (2020: 4,3%).
- Insbesondere Elemente einer Neo-Nationalsozialistischen-Ideologie (zum Beispiel sozialdarwinistische Einstellungen, die Befürwortung einer Diktatur oder die Verharmlosung des klassischen Nationalsozialismus) finden kaum noch offenen Zuspruch.
- Zudem liegt die Demokratiezufriedenheit in Deutschland auf hohem Niveau und steigt (leicht) an. Rund 94 Prozent der Befragten befürworten die Demokratie als Idee, 82 Prozent sind damit zufrieden, wie diese in der deutschen Verfassung festgeschrieben ist. Die Bewertung der realen demokratischen Praxis in der Bundesrepublik fällt mit 58 Prozent Zustimmung jedoch geringer aus.

Demgegenüber stehen andauernde und neue „Problemlagen“:

- So teilen 17 Prozent aller Befragten ausländerfeindliche Ansichten, in Ostdeutschland sind es sogar 33 Prozent – ein Anstieg gegenüber 2020. Nationalistische Einstellungen sind insbesondere unter jungen Ostdeutschen zwischen 16 und 30 Jahren stark verbreitet: Jede:r Fünfte befürwortet entsprechende Aussagen.

¹ Insgesamt 2522 Personen wurden face-to-face im Erhebungszeitraum Frühjahr 2022 befragt.

- Antisemitische Äußerungen sowie die Ablehnung von Muslim:innen und Sinti:zze und Rom:nja bleiben weit verbreitet: Beispielsweise setzt jede:r fünfte Befragte Israels Politik in Palästina mit den Verbrechen der Nazis gleich, und rund jede:r vierte Westdeutsche – sowie fast die Hälfte der Ostdeutschen – wollen Sinti:zze und Rom:nja den Aufenthalt in Innenstädten verbieten und Muslim:innen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen.
- Im Mittel stimmt rund ein Viertel der Befragten antifeministischen Aussagen zu. Auch sexistische Ansichten haben sich gegenüber 2020 noch weiter verbreitet.
- Die Bereitschaft zur und die Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Politik hat in den letzten zwei Jahren zugenommen: Jede:r vierte Ostdeutsche ist bereit, die eigenen Interessen mit Gewalt durchzusetzen, jede:r fünfte Westdeutsche akzeptiert den Einsatz von Gewalt durch andere.
- Schließlich haben, trotz der hohen Zufriedenheit mit der Demokratie, 75 Prozent der Befragten das Gefühl, kaum Einfluss auf die Politik nehmen zu können.

2. Verschwörungserzählungen und Corona nach zwei Jahren Pandemie

Neben der Auswertung dieser „klassischen“ rechtsextremen, antidemokratischen und menschenfeindlichen Ansichten wurde in der Erhebung auch die Verbreitung von allgemeinen und Corona-spezifischen Verschwörungserzählungen erfasst. Zusätzlich wurden Einstellungen von und über geimpfte und nicht geimpfte Personen erhoben.

Dabei finden sich folgende Ergebnisse:

- Die Zustimmung zu allgemeinen Verschwörungserzählungen ist von 40 Prozent (2020) auf 25 Prozent (2022) gesunken. Auch Corona-spezifische Verschwörungserzählungen finden weniger Anklang.
- 13 Prozent der Bevölkerung sind nicht geimpft. Dieser „harte Kern“ zeichnet sich durch wenig Vertrauen in andere Menschen und demokratische Institutionen aus – mit potentiell gefährlichen Folgen: Knapp jede:r dritte nicht Geimpfte (30,8%) ist bereit, die eigenen Ziele im Zweifel auch mit Gewalt durchzusetzen.
- Allerdings findet sich auch unter den Geimpften eine Gruppe (ca. 19%) mit „autoritären Aggressionen“: Sie sprechen sich für eine harte Bestrafung nicht Geimpfter aus.

3. Ansichten zum Ukraine-Krieg

Als Russland im Februar 2022 den Angriffskrieg gegen die Ukraine startete, waren die Fragebögen für die diesjährige Erhebung der LAS bereits im Druck. Um dieses einschneidende Ergebnis trotzdem berücksichtigen zu können, wurde nachträglich eine zusätzliche Onlinebefragung durchgeführt.² In dieser wurden Ansichten und Einstellungen zum Ukraine-Krieg und Deutschlands allgemeine Rolle in der internationalen Geopolitik abgefragt. Dabei finden sich kaum ausgemachte Bellizist:innen. So lehnt die Mehrheit der Befragten eine Beteiligung Deutschlands an NATO-Militärschlägen grundsätzlich ab. Bezüglich des Krieges in der Ukraine ist das Bild jedoch ambivalenter.

Einerseits:

- lehnen 70 Prozent die aktuelle russische Politik ab und
- die Gruppe der klaren Russlandsupporter:innen ist mit ca. 13 Prozent eher klein.

Andererseits:

- ist das Bild über die aktuelle Politik der Ukraine nicht eindeutig: Je ein Drittel der Befragten steht ihr zustimmend, ablehnend oder unentschieden gegenüber.
- Darüber hinaus lehnen rund 36 Prozent der Befragten Waffenlieferungen an die Ukraine ab (die Gruppe der Befürworter:innen von Waffenlieferungen ist mit 42 Prozent leicht größer).
- und fast jede:r Dritte (29,7%) sieht die Schuld für den Ukraine-Krieg bei der NATO.

4. Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte durch Beschäftigte

Erstmals wurde auch erhoben, welche gesellschaftlichen Konflikte durch Lohnabhängige in Deutschland als zentral angesehen werden. Hintergrund sind die zunehmenden Debatten darüber, inwiefern Themen rund um Sprache, Geschlecht und Migration gegenüber sozioökonomischen Themen (Einkommen, Vermögen und Macht) wichtiger werden.

Es zeigen sich drei „Hauptergebnisse“:

- Rund 8 Prozent der Lohnabhängigen in Deutschland nehmen im Allgemeinen kaum gesellschaftliche Konflikte wahr.
- Demgegenüber sehen rund 17 Prozent überall in der Gesellschaft starke Auseinandersetzungen, unterscheiden allerdings nicht zwischen verschiedenen Konfliktthemen.³

² Befragt wurden 4000 Personen zwischen 18-74 Jahren zwischen dem 7. und dem 15. August 2022.

³ Weitere 28,4 Prozent sehen nur gemäßigte Konflikte, differenzieren aber ebenfalls nicht.

- Fast die Hälfte der Beschäftigten (45,4 Prozent) differenziert jedoch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Kämpfen.

Dabei werden Konflikte zwischen „Oben und Unten“ durchgängig als zentral angesehen. Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten misst den Auseinandersetzungen zwischen „Kapitalisten und Arbeiterklasse“ (55,9%), „Arm und Reich“ (55,5%) sowie „Politikern und einfachen Bürgern“ (52,1%) eine zentrale Bedeutung zu.⁴ Andere Konflikte, zum Beispiel zwischen Generationen („Alt vs. Jung“, 21,6 Prozent) oder Geschlechterfragen („Männern vs. Frauen“, 12,5 Prozent), werden deutlich seltener als wichtigste gesellschaftliche Auseinandersetzungen angesehen.

Allerdings lassen sich keine systematischen Verknüpfungen zwischen den Konfliktwahrnehmungsmustern und den wirtschaftspolitischen Einstellungen der Befragten erkennen. Auch diejenigen, die einen deutlichen Gegensatz zwischen Oben und Unten in der Gesellschaft wahrnehmen, verknüpfen dieses Erleben selten mit klaren Positionierungen in Fragen der Umverteilung oder bezüglich staatlicher und gewerkschaftlicher Eingriffe in unternehmerisches Profitstreben. Das Unbehagen, welches sich in einer starken Wahrnehmung gesellschaftlicher und sozioökonomischer Konflikte ausdrückt, scheint ideologisch noch nicht festgelegt. In welche Richtung und von welchen Akteuren es politisiert und angesprochen werden kann, ist offen. Es bleibt auch Aufgabe von Gewerkschaften und Betriebsräten daran mitzuwirken, dass mögliche Vorschläge für den Umgang mit den zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen emanzipatorische Ziele im Blick behalten – und sich nicht gegen Minderheiten und demokratische Institutionen richten.

Im dem Buch, das am 9. November erscheint, ist des Weiteren ein Kapitel enthalten, das die Folgen der Existenz rechtsextremer Betriebsräte für die gewerkschaftliche betriebliche Arbeit qualitativ anhand eines Betriebes untersucht (*David Adlerholz, „Extrem rechte Herausforderungen in Zeiten wirtschaftlicher Transformation“, Kapitel 10*). Der Autor stellt fest, dass manche Deutungsmuster und Umgangsformen der Betriebsaktiven aus der IG Metall die Entfremdung von Teilen der Belegschaft noch verstärken und die Wahrnehmung der eigenen Handlungsfähigkeit einschränken könnte.

*Jupp Legrand und Benedikt Linden,
Frankfurt am Main, den 9. November 2022*

⁴ Auch die Spaltungslinie „Links gegen rechts“ gehört mit 59,1 Prozent zu den meistgenannten Themen.